

## Im Gespräch mit: Simonetta Sommaruga

Letztes Jahr als Bundespräsidentin bemühte sich Simonetta Sommaruga darum, das Land im ersten Lockdown zusammenzuhalten. Jetzt appelliert sie an die Jungen und spricht über Privilegien für Geimpfte.

# «Den Moment werde ich nie vergessen»

Dario Muffler

**S**ie hat die Schweiz am 16. März 2020 in den ersten Lockdown geführt: Simonetta Sommaruga. In allen vier Landessprachen appellierte sie an die Schweizer Bevölkerung und versuchte so, das Land in der Krise zu einen. «Jetzt muss ein Ruck durchs Land gehen», sagte die Vorsteherin des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation und damals Bundespräsidentin im März 2020 vor den Medien. Dieser Aufruf habe gewirkt, sagt die SP-Bundesrätin heute im Skype-Interview mit den SN. Kritisch hinterfragt sie nun Entscheide des Bundesrats, den sie letztes Jahr als Bundespräsidentin führte.

*Frau Bundesrätin, was kaufen Sie sich als Erstes, wenn am Montag die Läden wieder öffnen?*

**Simonetta Sommaruga:** Ich arbeite am Montag und glaube nicht, dass ich Zeit haben werde, um einzukaufen. Die Öffnung der Läden, Museen und Zoos freut mich aber für die Betriebe und ihre Angestellten. Das sind immerhin über 140 000 Beschäftigte. Das ist eine schöne Perspektive.

*Einem Teil der Bevölkerung reicht diese Perspektive aber nicht. Die Leute werden immer Corona-müde und hinterfragen die Massnahmen. Sind Sie auch müde?*

**Sommaruga:** Es geht uns allen genau gleich. Wir haben lange, harte Monate hinter uns. Uns alle verbindet der gleiche Wunsch: Dass das Virus verschwindet. Gleichzeitig wissen alle, dass es nicht weg ist. Aber wir wissen auch, was wir dafür machen können, um das Virus im Griff zu haben. Die ansteckendere Mutation ist eine schlechte Nachricht. Aber auch hier sehen wir: Wenn wir vorsichtig bleiben, dann lohnt sich das für uns. Denn dann können wir mit Öffnungsschritten in den Frühling gehen und uns darüber freuen, was wieder möglich ist.

*Die Zahl der Personen wächst, die sich über die zögerliche Lockerung ärgert. Was machen Sie, um diese Leute im Kampf gegen die Pandemie nicht zu verlieren?*

**Sommaruga:** Die Situation ist schwierig. Die einen leiden wirtschaftlich. Bund und Kantone unterstützen sie, sei es mit Kurzarbeitsgeld, Krediten oder A-fonds-perdu-

**«Grenzsenschliessungen sind in so einer Situation keine adäquate Antwort für ein Land wie die Schweiz.»**

Beiträgen. Aktuell sind wir mit dem Parlament daran herauszufinden, wo es noch Lücken gibt. Es wird der Schweiz attestiert, dass sie rasch gehandelt hat im internationalen Vergleich. Es gibt aber nicht nur die wirtschaftlichen Notsituationen: Viele sind einsam, gerade auch junge Menschen. Lernende fürchten, die Berufslehre nicht abschliessen zu können, Kindern fehlen ihre Spielkameraden. Deshalb hat der Bundesrat am Mittwoch für sie Verbesserungen beschlossen. Bewegung und Kontakte sind für Kinder und Jugendliche enorm wichtig.

*Sie sprechen die Jungen an, die auf vieles verzichten müssen und sich sehr solidarisch zeigen. Wie können sich die älteren Generationen solidarisch zeigen?*



Letztes Jahr führte sie die Schweiz als Bundespräsidentin in den Lockdown: Simonetta Sommaruga.

BILD KEY

**Sommaruga:** Menschen aus der Risikogruppe können sich impfen lassen. Das verbessert die Situation für alle anderen, wenn auch nicht sofort. Ältere Menschen waren übrigens schon bisher sehr solidarisch. Sie blieben daheim, haben auf Besuch verzichtet, haben im Altersheim unter Besuchsverboten gelitten. Es ist für sehr viele Menschen eine sehr schwierige Zeit. Deshalb sollten wir versuchen, gemeinsam noch wenige Monate durchzuhalten.

*Die Impfungen werden als Hoffnung gesehen, sind aber auch ein Streitpunkt. Befürworten Sie Privilegien für Geimpfte?*

**Sommaruga:** Beim Reisen bestehen schon lange gewisse Privilegien: In einigen Ländern kann beispielsweise nur reisen, wer gegen Gelbfieber geimpft ist. Jetzt haben wir die Pandemie. Da kann es durchaus sein, dass ein privater Anbieter einen Unterschied machen möchte. Aber erst dann, wenn alle die Möglichkeit hatten, sich zu impfen. Und selbst dann ist entscheidend, dass Menschen nicht diskriminiert werden, etwa, weil sie sich aus gesundheitlichen Gründen nicht impfen lassen können. Da müssen wir gut dafür schauen, dass es nicht zu einer Ausgrenzung der Schwächen kommt. Wo es um staatliche Dienstleistungen geht, darf niemand diskriminiert werden, ob geimpft oder nicht.

*Wenn Sie sagen, dass es für Geimpfte schon heute teils Privilegien gibt, dann befürworten Sie das im Grundsatz?*

**Sommaruga:** Das Wichtigste ist, dass die Leute die Möglichkeit haben, sich impfen zu lassen. Das ist aktuell noch nicht der Fall. Ich kenne Leute aus der Risikogruppe, die noch immer auf einen Termin warten. Wenn aber alle diese Möglichkeit hätten, dann könnten diese Unterscheidungen am ehesten beim Reisen gemacht werden. Es dürfen aber wie gesagt nicht jene bestraft werden, die sowieso schon an einer Krankheit leiden und sich deswegen nicht impfen lassen können.

*Sind Sie persönlich schon geimpft?*

**Sommaruga:** Im Bundesrat haben wir abgemacht, dass sich alle Mitglieder impfen lassen. Wir machen das stufenweise. Wer beispielsweise einer Risikogruppe angehört oder reisen muss, wählt einen frühen Impftermin. Es ist gut, dass sich der Bundesrat nicht nach vorne drängt.

*Sie gehören also nicht zu jenen Mitgliedern, die schon geimpft wurden?*

**Sommaruga:** Alle Mitglieder werden sich impfen lassen, selbstverständlich auch ich.

*Blicken wir zurück: Am 16. März 2020 mussten Sie verkünden, dass die Lage als ausserordentlich eingeschätzt wird. Was ging Ihnen dabei durch den Kopf?*

**Sommaruga:** Ich werde den Moment nie vergessen. Der Bevölkerung zu sagen: Ab Mitternacht ist das Land nicht mehr daselbe, das es bisher war. Zu sagen, dass wir dieses Virus nur in den Griff bekommen, wenn wir alle mitmachen und bereit sind,

uns zurückzunehmen: Das war ein schwerer Tag. Gleichzeitig war es aber wirklich wichtig. «Jetzt muss ein Ruck durchs Land», habe ich daher gesagt. Ich denke, es ist uns im letzten Frühling gelungen, die Bevölkerung mitzunehmen.

*Während der ersten Welle wurden die Grenzen zum Ausland geschlossen. Eine Massnahme, die vor allem Grenzkantone wie Schaffhausen zu spüren bekamen. War dem Bundesrat bewusst, wie viele Paare er damit auseinanderreissen und den Pendlerverkehr erschweren würde?*

**Sommaruga:** Die Grenzschiessung war aus der damaligen Perspektive verständlich, die Schweiz hat den Entscheid ja im Gleichschritt mit anderen Staaten gefällt. Aus der heutigen Perspektive frage ich mich aber,

**«Die Maskenpflicht im öffentlichen Verkehr hätte man früher einführen können.»**

ob der Entscheid nötig war. Er hat menschlich schwierige Situationen ausgelöst. Ich stand damals in regem Kontakt mit ausländischen Kolleginnen und Kollegen. Ich erinnere mich gut an ein Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, in dem wir über eine Sonderregelung für Grenzgänger gesprochen haben. Heute ist klar: Die Arbeit über die Grenzen hinweg beizubehalten war sehr wichtig. Grenzschiessungen sind in so einer Situation keine adäquate Antwort für ein Land wie die Schweiz.

*Gibt es sonst etwas, das Sie heute anders machen würden?*

**Sommaruga:** Die Maskenpflicht im öffentlichen Verkehr hätte man früher einführen können. Der Bundesrat war immer darauf bedacht, dass die Bevölkerung die Massnahmen nachvollziehen kann. Für Masken im ÖV wäre sie wohl rascher bereit gewesen. Im Herbst, als es primär an den Kantonen lag Entscheide zu fällen, zögerten manche. Da habe ich mich als Bundespräsidentin sehr engagiert, damit es vorwärts geht. Als die Zahlen wieder stark anstiegen, war für mich klar, dass der Bundesrat

**«Wenn der Bundesrat jetzt bei den Lockerungen vorsichtiger ist, ist das eine Lehre aus dem letzten Sommer.»**

das Heft wieder stärker in die Hand nehmen muss. Wenn der Bundesrat jetzt bei den Lockerungen vorsichtiger ist, ist das eine Lehre aus dem letzten Sommer: Wenn wir jetzt zu schnell vorwärts gehen, riskieren wir in kurzer Zeit eine dritte Welle, die wir nicht mehr so schnell unter Kontrolle hätten.

*Im Herbst haben sich Kantone und der Bund die Verantwortung gegenseitig zugeschoben. Hätten Sie das Heft im Sommer gar nie aus der Hand geben sollen?*

**Sommaruga:** Der Entscheid im Sommer war richtig. Damals nahmen die Ansteckungen in gewissen Kantonen zwar zu, andere hatten aber fast keine Fälle. Da hätte es niemand verstanden, wenn der Bund rigorose

**Fortsetzung auf Seite 20**

Fortsetzung von Seite 19

**«Den Moment werde ich nie vergessen»**

Schliessungen für das ganze Land angeordnet hätte. Die Kantone wollten in der besonderen Lage gemäss Epidemiengesetz zudem wieder selber entscheiden. Eine weitere Erfahrung aus dem Frühjahr ist...

*Ja?*

**Sommaruga:** Man glaubt, dass die Schliessung von Läden und anderem sehr schwierig sei. Doch der Frühling und auch die jetzige Situation zeigen: Lockern ist ebenso schwierig. Die Erwartungen sind gross, viele wollen rasch wieder auftun und arbeiten gehen, andere haben Angst.

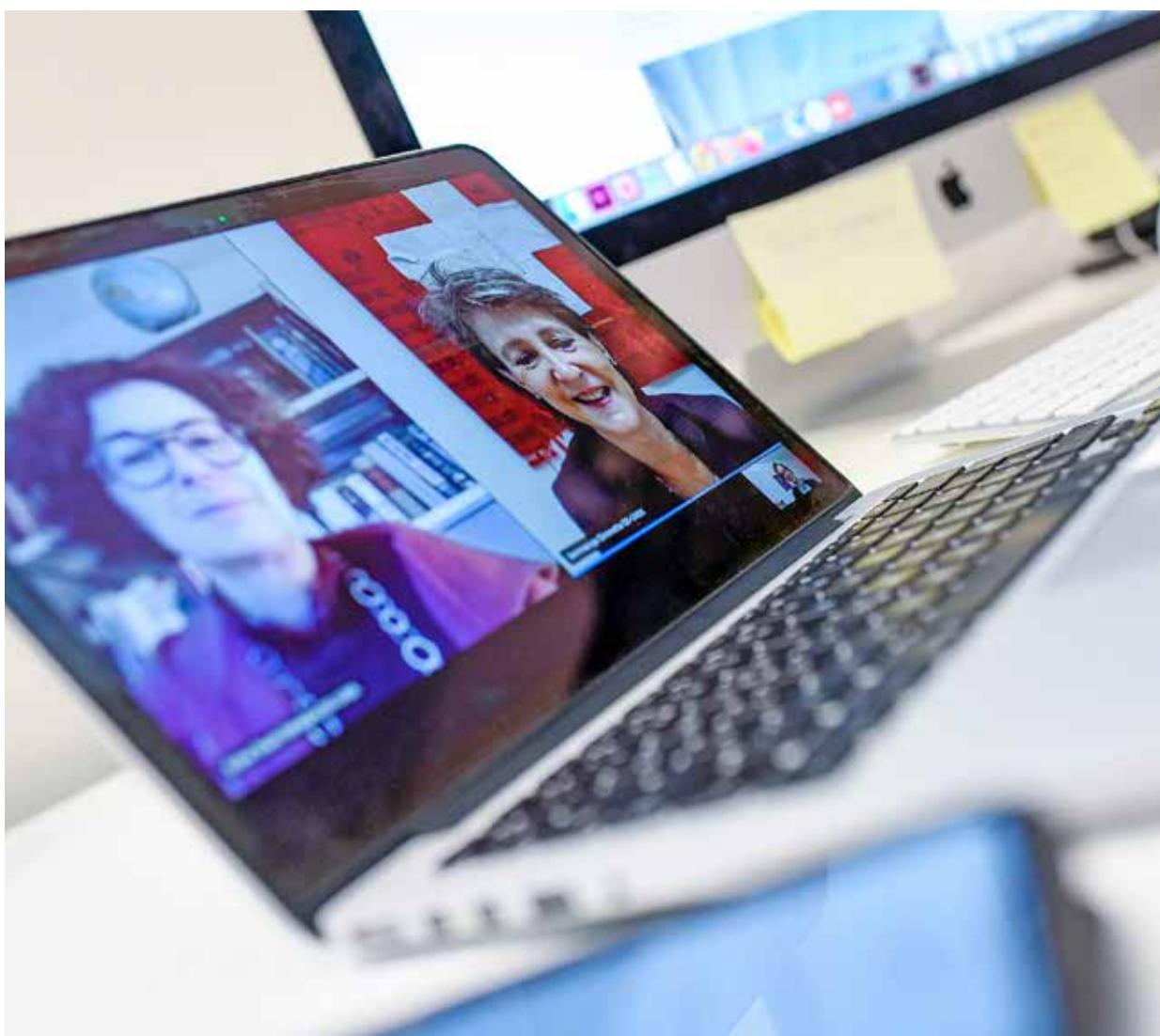
*Die richtigen Lehren hat man dennoch nicht gezogen. Denn der Bundesrat und Sie haben mehrmals wiederholt, dass man keinen zweiten Lockdown wolle. Trotzdem kam es so weit. Hätten Sie das gedacht im Frühling?*

**Sommaruga:** Alle wünschten sich, dass dies nicht wieder passiert. Der Druck der Kantone war immer gross. Es hiess, der Bundesrat habe Lust an seiner Macht bekommen. Ich kann Ihnen sagen, das war nie der Fall. Diese Art von Macht und Verantwortung ist für alle Bundesratsmitglieder extrem anspruchsvoll. Wenn man uns mit anderen Ländern vergleicht, so waren die

**«Der Druck der Kantone war immer gross. Es hiess, der Bundesrat habe Lust an seiner Macht bekommen. Das war nie der Fall.»**

Massnahmen dort viel strenger. Wir wollten einen zweiten Lockdown zwar verhindern, aber es ist uns leider nicht gelungen. Mit dem jetzigen Vorgehen versuchen wir, eine dritte Welle zu vermeiden.

*Hat der Bundesrat zu lange die Expertenmeinungen ignoriert und Technologien zu wenig genutzt? Staaten wie Taiwan*



*setzten viel früher auf ausgefeilte Test-Strategien.*

**Sommaruga:** Im vergangenen Jahr hiess es einmal, wir sollen es wie Schweden machen, dann wie Taiwan, dann wie Australien. Dazu muss man sagen, dass die Schweiz keine Insel ist. Wir haben immer versucht, die Massnahmen so zu beschliessen, dass sie die Freiheit möglichst wenig einschränken, zeitgleich aber eine Wirkung haben. Dort, wo die wirtschaftliche Last sehr gross ist, unterstützen wir finanziell. Das hat die Politik des Bundesrats immer geprägt. Letztlich finde ich, ist uns das nicht schlecht gelungen im Vergleich zu anderen Staaten, die beispielsweise Ausgangssperren hatten oder inzwischen im vierten Lockdown sind.

**Simonetta Sommaruga (rechts) und ihre Sprecherin Geraldine Eicher im Skype-Interview mit den SN.**

BILD MELANIE DUCHENE

*Seit einem Jahr spricht man fast nur noch über Corona, aber kaum noch über die Klimastreiks im Herbst 2019. Fällt der Klimaschutz der Pandemie nun zum Opfer?*

**Sommaruga:** Nein. Die Klimakrise ist weder verschwunden noch gelöst. Mit der Klimakrise sind aber auch Chancen verbunden. Mit dem CO2-Gesetz, über das wir im Juni abstimmen, nutzen wir diese Chancen für die Bevölkerung und die Wirtschaft: Wenn wir Gebäude energetisch sanieren und Solarpanels installieren, füllt das die Auftragsbücher von Schweizer Firmen und dient dem Klima. Wir haben in den letzten zehn Jahren 80 Milliarden Franken für Öl und Gas im Ausland ausgegeben. Wir wollen die-

ses Geld jetzt in der Schweiz investieren. Diese Weichen stellen wir mit dem CO2-Gesetz. Das Gesetz wird deshalb auch breit von der Wirtschaft, von Verbänden und Parteien getragen. Das ist etwas Positives, gerade in der Coronakrise.

*Kritik am Gesetz kommt aber gerade von jenen, die sich auf der Strasse lautstark für das Klima eingesetzt haben: von der Klimajugend. Ist man beim Gesetz zu grossen Kompromissen auf den Schultern der Jungen eingegangen?*

**Sommaruga:** Ich verstehe die Ungeduld der jungen Menschen, denn es geht um ihre Zukunft. Aber, und das sage ich den Klimajugendlichen auch in meinen Gesprächen:

**«Allen ist klar, dass der Klimaschutz nicht gratis ist. Nur: Wenn wir jetzt nichts machen, wird es noch teurer und nicht günstiger.»**

Wenn dieses Gesetz abgelehnt wird, gewinnen nicht jene, die mehr Klimaschutz wollen, sondern die Vertreter der Öl-Lobby. Wenn diese gewinnen, machen wir einen Rückschritt im Klimaschutz. Klar ist: Das Gesetz regelt die Reduktion des CO2-Ausstosses bis 2030. Aber es muss danach noch weitergehen.

*Klimaschutz kostet. Glauben Sie, dass die finanziell schwierige Situation, die sich durch die Coronakrise bei zahlreichen Menschen und Unternehmen ergibt, einen negativen Einfluss auf die Abstimmung hat?*

**Sommaruga:** Allen ist klar, dass der Klimaschutz nicht gratis ist. Nur: Wenn wir jetzt nichts machen, wird es noch teurer und nicht günstiger. Wenn wir Häuser sanieren oder die E-Mobilität fördern, dann schaffen wir so Arbeitsplätze für unser Gewerbe. Das Gesetz arbeitet nicht mit Verboten, sondern mit Anreizen. Gerade in der aktuellen Krise braucht es solche Anreize für Arbeitsplätze mit Zukunft. Das will ich den jungen Menschen sagen: Wir setzen auf euch und darauf, was Zukunft hat in unserem Land.